



Fotos: privat, freigg. Bildmaterial der iranischen Opposition

Victory!

In den gegenwärtigen Protesten artikuliert sich die Hoffnung der iranischen Gesellschaft.

„Höchste Zeit das Feld der Appeasement-Politik zu verlassen.“

Seit Jahren ist Dr. Sasan Harun-Mahdavi als Leiter der Jugendorganisation der Jebhe Melli in der exiliranischen Oppositionsarbeit aktiv. Als Kind erlebte er unmittelbar den Beginn der „Islamischen Revolution“. Er berichtet vom Leben in der Islamischen Republik und kritisiert insbesondere die deutsche Iran-Politik der letzten drei Dekaden. Das Interview führte Till Schmidt.

Herr Mahdavi, Sie kamen im September 1979, kurz nach der „Islamischen Revolution“, mit Ihren Eltern von Teheran nach München...

Ja. Bereits vor der Revolution war mein Vater in verschiedenen Ämtern tätig, unter anderem auch als Oberbürgermeister der heiligen Stadt Maschhad. Er hatte in den 60ern in Deutschland studiert und wie viele liberal denkende Iraner, die nicht immer mit allem, was unter dem Schah geschah, einverstanden waren, gehörte er der von Ex-Premier Mossadegh gegründeten Volksoppositionsguppe der Jebhe Melli'

an. Deshalb wurde er in die revolutionäre Übergangsregierung berufen, wo er das Amt des Stellvertreters des Verteidigungsministers im Heeresbereich bekleidete. Die Gefolgschaft von Khomeini hatte es damals geschafft, alle Ämter auch von Mullahs, islamischen Klerikern, zu besetzen. Es existierte eine Parallelstruktur mit dem Ziel – heute weiß man das – die weltlichen Regierungsglieder im Sinne der islamischen Ordnung zu überwachen und letztendlich, nachdem sich das System einigermaßen gefestigt hatte, alle Ministerien und Institutionen zu „säubern“, um anschließend die

gesamte Macht an sich zu reißen. In einer Sitzung fragte mein Vater seine klerikale Spiegelfigur, den heutigen „Obersten Rechtsgelehrten“ Khomeini, warum denn die Mullahs andauernd in den dem Verteidigungsministerium unterstellten Fabriken Streiks initiierten, wo doch gleichzeitig immer gefordert werden würde, dass der Iran wirtschaftlich so unabhängig wie möglich werden müsse. Khomeini erwiderte: „Wir haben die Revolution für den Islam und nicht für die Fabriken gemacht!“. Dieses programmatische Statement war die Initialzündung für unsere Ausreise: Mein Vater bat offiziell um Urlaub



Mutig. IranerInnen geben trotz höchster Brutalität seitens der Milizen für einen „Regime Change“ auf die Straße.



*Gegenwehr
Steinwurf auf
die motorisierte und
zum Losschlagen
bereite Polizei*

und reiste mit meiner Mutter, meiner Schwester und mir nach Deutschland ein. Trotz Warnungen aus dem Iran, reiste mein Vater kurze Zeit später noch einmal für zwei Wochen nach Teheran, um seine offizielle Entlassung zu erbitten. Das stieß natürlich auf Unverständnis bei seinen weltlichen Vorgesetzten, die angesichts der beginnenden Repressionswellen selbst gerade auf dem Sprung waren. Aber man muss das so sehen: In den ersten Jahren dachte niemand, dass diese schreckliche Situation mehr als 30 Jahre fortbestehen würde, sondern dass es nur Anfangsschwierigkeiten der jungen Revolution seien, die sie ins kurzzeitige Exil zwängen. Man dachte, dass demokratische Kräfte bald die Oberhand gewinnen würden. Doch Demokratie innerhalb dieses totalitären Systems war damals wie heute eine Farce, ihre Fiktion dient zur pseudodemokratischen Legitimierung und zur Stabilisierung des durch und durch diktatorischen Herrschaftssystems.

Wie funktioniert die Islamische Republik?

Die Verfassung ist so angelegt, dass alle Macht dem „Obersten Rechtsgelehrten“ zufällt. Zunächst war das Ayatollah Ruhollah Khomeini, jetzt ist das Ali Khamenei. Es gibt zwar auf den ersten Blick eine scheinbar demokratisch-republikanische Gewaltenteilung, doch bei genauerem Hinsehen entpuppt sie sich als reinste Fiktion. An einem Beispiel lässt sich das exemplarisch verdeutlichen: Der oberste Führer, Khamenei, ernennt beziehungsweise entlässt den Wächterrat. Dieser wiederum bestimmt die Zulassung von potentiellen Parlamentariern oder den Präsidentschaftskandidaten, die selbstredend regimetreu sein müssen. Der oberste Führer selbst wird vom Expertenrat, bestehend aus 86 Mullahs, bestimmt. Der Expertenrat wiederum wird vom Wächterrat gewählt. Grundsätzlich sind dem Führer durch die *Velayat-e Faqih*, die Herrschaft des „Obersten Rechtsgelehrten“, Judikative, Legislative und Exekutive unterstellt, auch die so genannte vierte Gewalt, die Medien, kontrolliert er,

indem er den Direktor des Medienrates bestimmt. Er entscheidet direkt über zentrale Dinge wie den Einsatz der Streitkräfte oder das Atomprogramm. So kann es zwar durchaus personelle Veränderungen geben, doch die zentralen khomeinistischen Ideologeme, wie seine besondere Form des Antisemitismus², massivste Unterdrückung von Frauen, Homosexuellen³, religiösen und ethnischen Minderheiten⁴ und Oppositionellen⁵ oder der so genannte Revolutionsexport⁶, sind somit institutionell festgeschrieben.

Der vorherige Herrscher im Iran, Schah Mohammed Reza Pahlavi, wurde 1941 von den Briten eingesetzt und seitdem vom Westen kontinuierlich unterstützt. Wie reagierten die westlichen Großmächte unmittelbar in der Phase der Revolution, als in den Massendemonstrationen und Generalstreiks Millionen Iraner den Sturz des Schahs forderten?

In diesem Zusammenhang fand im Januar 1979 auf der Konferenz von Guadelupe ein Treffen der westlichen Großmächte – Frankreich, USA, Großbritannien und Deutschland – statt, wo insbesondere die Entwicklung im Iran besiegelt werden sollte. Zweifellos ging es hierbei primär um sicherheitspolitische und geostrategische Interessen: Im Kontext des Kalten Krieges hatten die westlichen Großmächte natürlich Interesse, die Sowjetunion in die Schranken zu weisen. Der US-amerikanische Politstrategie und Sicherheitsberater des damaligen Präsidenten Carters, Zbigniew Brzezinski, entwickelte hierfür das Konzept, die Verbreitung der sowjet-kommunistischen Ideologie im Nahen und Mittleren Osten auch durch die Unterstützung islamisch-fanaticher Gruppierungen zu unterwandern. Dafür schien Khomeini ideal. Somit beschloss man auf Guadelupe, die Ausreise

des bisher vom Westen unterstützten Schahs durchzusetzen, mit dem Exilanten Khomeini direkten Kontakt aufzunehmen und dessen Rückkehr zu ermöglichen.

Und wie kam es dazu, dass die Sammelbewegung aus Oppositionellen verschiedenster politischer Strömungen Khomeini zur revolutionären Leitfigur auserkor?

Als designierte Leitfigur, die er ja schon im Pariser Exil darstellte, wo er – insbesondere von den westlichen Medien - auch die dazu nötige Presseinfrastruktur zur Verfügung gestellt bekam, konnte sich Khomeini nach seiner Rückkehr umso mehr als „Opfer“ der Repression des inzwischen ausge-reisten Schahs inszenieren. Er konnte sich geschickt in Szene setzen und stilisierte sich in seinen flammenden Anklagen an den Schah und den westlichen Imperialismus - in der Regel in emotionalstem sozialrevolutionären Jargon gehalten - zum Heilsbringer. Die verblendete Masse folgte dem „charismatischen Führer“, der sich entgegen seiner Versprechungen neben seiner Funktion als religiöser Führer letztenendes auch zum politischen Führer machte: Er riss auch die weltliche Macht an sich und entledigte sich jedweder Opposition. Man unterschätzte ihn total. Spätestens als der Schah ungefähr ein Jahr vor der Revolution sämtliche zensierten Bücher freigab, war es jedoch uneingeschränkt möglich an Khomeinis programmatische Schrift „Der islamische Staat“ zu kommen und somit auch das Modell der Islamischen Republik, für das im Referendum vom März 1979 die überwältigende Mehrheit der IranerInnen stimmte, zu durchschauen. Aber die Euphorie war zu groß und die Emotionen überwogen die Vernunft.

Wie schätzen Sie die gegenwärtige Lage ein?

In der Islamischen Republik hat die Repression eine ganz andere Dimension als unter dem Schah. Dort wird im Namen des religiösen Dogmas grundlegend in alle Lebensbereiche der Bevölkerung eingegriffen: Das geht von Zwangsverschleierung über die rechtliche Legitimation von Viel- und Zeitehen, bis zur prinzipiellen rechtlichen Schlechterstellung von Frauen. Massive Propagierung von Märtyrertum und militantem Dji-had und die brutale Verfolgung von Oppositionellen stehen auf der Tagesordnung. Selbst banale Dinge, wie die Erlaubnis zur Produktion von Nahrungsmitteln, sind der islamischen Gesetzgebung unterworfen. Eine solch anachronistische Gesetzgebung kann natürlich nur mittels totalitärer Herrschaft und Gewalt aufrechterhalten werden. Ganz bewusst wird versucht, eine Stimmung des postrevolutionären Ausnahmezustands zur Legitimation der Gewalt beizubehalten. Zweifellos fördert Totalitarismus die Resignation und den Rückzug ins Private, wo ein zumindest noch ansatzweise selbstbestimmtes Leben möglich sein kann. Umso schöner ist es, dass sich jetzt ein großer Teil der iranischen Bevölkerung erhoben hat und inzwischen offen einen „Regime Change“ fordert. Die Frage, die sich stellt ist nur, wie friedlich das von statten gehen könnte. Die Bevölkerung sehnt sich auf jeden Fall nach nichts mehr, als einer friedlichen Lösung, doch die Machthaber haben durch ihre brutale Gegenreaktion der letzten Wochen und Monate gezeigt, dass sie nicht bereit sind sich friedlich dem Volkswillen zu ergeben.

Anlass für die Massendemonstrationen ab Juni 2009 war ein derart offensichtlicher Wahlbetrug gegenüber dem als Reformler geltenden Präsidentschaftskandidaten Hussein Mussavi. Wie kam es dazu, dass sich die Protestbewegung nun für einen Regime-wechsel einsetzt?

Dass zunächst einmal überhaupt jemand auf die Straße gegangen ist, liegt daran, dass sich unter Ahmadinejad die Situation, zum Beispiel durch die umfassenden Repressions- und Hinrichtungswellen, Machtmissbrauch, Korruption oder der wirtschaftliche Ruin des Landes, noch einmal drastisch verschlimmert hat. Trotz eindeutiger Umfragewerte, die für Mussavi sprachen, verkündete das Regime quasi in einer Nacht- und Nebelaktion noch in der Wahnacht, als noch nicht alle Ergebnisse vorlagen, das Endergebnis zugunsten Ahmadinejads. Die derart offensichtliche Manipulation der Präsidentschaftswahl brachte in den Folgetagen Millionen IranerInnen trotz Demonstrationsverbots und zu erwartender massiver Brutalität der Revolutionsgarden und der Bassidji-Freiwilligenmiliz auf die Straße. Anfänglich demonstrierten sie für ihre verlorenen Stimmen. So kam es auch: Unzählige Menschen wurden verhaftet und gefoltert. Zwei Oppositionelle wurden hingerichtet, bei dutzenden Todesurteilen steht die Vollstreckung noch aus. Es wurden Schauprozesse gegen Reformpolitiker, Oppositionelle oder kritische Journalisten initiiert, die den Westen oder die „jüdisch-zionistische Weltverschwörung“ als Drahtzieher der Proteste entlarven sollten. Die Pressebe-richterstattung wurde noch stärker als sonst eingeschränkt oder das Mobilfunknetz stillgelegt. Kurz: die Islamische Republik zeigte ganz unverhüllt ihr wahres Gesicht und ermöglicht einen klaren Blick auf die Verhältnisse.



Gegenwehr

Demonstranten schlagen Bassidjis in die Flucht



Viel zu tun in Sachen Menschenrechte Der „kritische Dialog“ stößt seit nunmehr 30 Jahren an seine Grenzen.

Umfassende Sanktionen wegen des Verdachts des Atombombenbaus würden dem Regime substantiellen Schaden zufügen. Angesichts der offensichtlichen Unfähigkeit der UN oder EU, diese geschlossen durchzusetzen, wäre doch zumindest Deutschland als wichtigster westlicher Handelspartner gefragt, oder?

Eigentlich ist es Aufgabe der UN, das Regime mithilfe von Sanktionen in Schlüsselbereichen derart zu isolieren, dass es wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt. Ende 2006 gab es auch eine einstimmig beschlossene Resolution des UN-Sicherheitsrates, die das Regime der Islamischen Republik dazu aufforderte, ihr auf Nuklearwaffen zielendes Atomprogramm auszusetzen. Das Regime ignorierte diese und darauf folgende Resolutionen vollständig, wodurch Forderungen nach harten Sanktionen als weiteres Druckmittel und Strafmaßnahme sowohl von Teilen des UN-Sicherheitsrats als auch innerhalb der EU immer lauter wurden. Doch insbesondere Deutschland, das doch eigentlich durch die einseitige, iranische Abhängigkeit von seinen High-Tech-Gütern über hohes Druckpotential verfügt, sperrt sich entgegen aller offiziellen Äußerungen faktisch gegen ein geschlossenes Vorgehen von UN oder EU, des größten Importeurs

iranischer Güter. Selbst ein unilaterales Vorgehen wird – meist mit dem Verweis auf die Notwendigkeit eines Beschlusses des Sicherheitsrates (!) – abgelehnt. Als Beweis: Auch weiterhin bürgt der deutsche Staat mittels seiner Hermes Kredite für deutsche Unternehmen im nicht vorhandenen Rechtsstaat Iran und wirbt durch die staatlich finanzierte Außenhandelskammer in Teheran für deutsch-iranische Wirtschaftskooperation. Es scheint, als hätte sich die deutsche Regierung bereits mit der iranischen Atombombe abgefunden. Frau Merkel brüstet sich zwar immer damit „aus der Geschichte gelernt“ zu haben und in Sachen Menschenrechten „viel zu tun“, doch die deutsche Iran-Politik steht dem diametral entgegen. Sie macht denselben Fehler wie ihre Vorgänger seit 30 Jahren, die sich allesamt am Konzept des so genannten „kritischen Dialogs“ des früheren Außenministers Klaus Kinkel orientierten. Doch wie lange können wir uns diese „kritische Dialog“ genannte Appeasement-Politik noch leisten? Wir wissen, dass ein „Dialog“ mit diesem Regime gar nicht möglich ist, erst Recht kein „kritischer“. Durch die deutsche Iran-Politik wurde die Islamische Republik stets fundamental verharmlost. Dabei wären harte Sanktionen sehr effektiv,

denn die Khamenei unterstehenden iranischen Revolutionsgarden⁷, die durch ihre hohe wirtschaftliche und politische Bedeutung wie ein „Staat im Staate“ funktionieren, kontrollieren direkt und indirekt bis zu 70 Prozent der Wirtschaft. Insbesondere im leicht und wirkungsvoll sanktionierbaren Rohstoff- und Energiesektor. Die häufig als Gegenargument angebrachten Bedenken bezüglich der Folgen harter Sanktionen für die Bevölkerung greifen hier nicht mehr, zumal hier nicht auf dem Sektor humanitärer Güter eine Sanktion getroffen werden müsste. Es genügt die subventionierten Benzinlieferungen an den Iran einzustellen und die Auslandskonten des Iran einzufrieren. Diese Taktik führte bereits 1979 zum Sturz des Schah. Die Bevölkerung des Irans zieht heute „ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende“ vor!

Zahlreiche deutsche Firmen unterhalten ja mit dem Regime seit Jahrzehnten Handelsbeziehungen im großen Stile. So bestritt etwa allein der Siemenskonzern (!) 2008 mit rund 438 Millionen Euro knapp ein Zehntel des deutsch-iranischen Handelsvolumens...

Siemens hat ja vor kurzem erklärt ab Mitte 2010 keine Neugeschäfte

¹ Die Jebhe Melli ist ein 1947 von Mobammed Mossadegh gegründetes und mit Unterbrechungen bis heute aktives Bündnis aus Oppositionsgruppen und Parteien verschiedenster politischer Strömungen. Ursprünglich trat die Jebhe Melli für die nationale Unabhängigkeit Irans und die Selbstverwaltung

der Ölwirtschaft ein. Heute, 30 Jahre nach der Machtübernahme Khomeinis, setzt sich die Jebhe Melli primär für einen friedlichen Regimewechsel und eine Änderung der Verfassung ein.

² Der khomeinistische Antisemitismus setzt sich aus einem religiös aufgeladenen und ver-

schwörungstheoretisch begründeten Vernichtungsantizionismus, gepaart mit Holocaustleugnung oder -relativierung und antijüdischen Ressentiments, zusammen. Infolgedessen wird für die Verbreitung antisemitischer Klassiker, wie der „Protokolle der Weisen von Zion“, gesorgt, „die Juden“ der Inszenie-

rung des Holocaust – als Vorwand für die israelische Staatsgründung – beschuldigt und die Vernichtung des israelischen „Krebsgeschwürs“ (Abmadi-nejad) propagiert.

³ Die khomeinistische Auslegung der Sharia sieht beispielsweise für homosexuellen Geschlechtsverkehr die

Todesstrafe vor, deren Vollstreckung meist öffentlichkeitswirksam inszeniert wird.

⁴ Zum Beispiel die Anhänger der Babai-Religion, deren Diskriminierung – sie dürfen etwa nicht an Universitäten studieren – und Verfolgung auch mittels verschwörungstheoretischer Argumentations-

mit iranischen Partnern mehr abzuschließen. Die laufenden Geschäfte werden jedoch nicht ausgesetzt. Wenn sich Siemens vollständig aus dem Iran-Geschäft zurückziehen würde, wäre das natürlich gut, denn Siemens liefert - direkt oder indirekt - insbesondere High-Tech-Güter wie Telekommunikationsüberwachungsanlagen oder Turbokompressoren für das Atomprogramm, von denen das Regime abhängig ist. Der Handel mit dem Iran ist zwar ethisch-moralisch falsch, doch eigentlich muss die entscheidende Initiative von der deutschen Regierung ausgehen, um gleiche gesetzliche Voraussetzungen für alle Konzerne und Firmen vorzugeben. Sich nur durch Appelle darauf verlassen zu wollen, dass Firmen von sich aus entsprechend handeln, ist kurz-sichtig beziehungsweise Augenwischerei.

Je länger das Atomprogramm unbehelligt ausgebaut wird, desto wahrscheinlicher wird auch ein Präventivschlag Israels - mit wohl dramatischen Folgen ...

Ganz grundsätzlich hat jeder Staat für die Sicherheit seiner Bevölkerung zu sorgen. Dass Israel da aus historischen und gegenwärtigen Gründen sehr sensibel ist, ist verständlich. Dass die G8 es zulassen,

dass ein Regime, das permanent zur Vernichtung Israels aufruft und seine Bevölkerung brutal unterdrückt, immer mehr Zeit gewinnt, um ein Atomprogramm zur Waffenentwicklung zu unterhalten, ist vollkommen inakzeptabel. Da prinzipiell jeder Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags - darunter ist auch der Iran - über die gleichen Rechte verfügen sollte, spricht nichts dagegen, dass ein Land Wissen und Technologie zur friedlichen Urananreicherung erlangt. Doch ein solches Regime, dessen Präsident apokalyptisch-messianische Fantasien hegt, das religiöses Märtyrertum, Selbstmordattentate und den militanten Dschihad glorifiziert, den internationalen Terrorismus unterstützt und den Holocaust leugnet, darf nicht in den Besitz eben dieser Technologie kommen. Das stellt die größte Gefahr für die Sicherheit der Region und der gesamten Welt dar. Die iranische Atombombe würde als starkes Druckmittel der Mullahs fungieren und zu einem globalen atomaren Wettrüsten - insbesondere im Mittleren und Nahen Osten - führen. Im Zuge der Maxime des Revolutionsexports ist es nicht auszudenken, dass das Regime seine Technologie beziehungsweise atomare Waffen an Hisbollah oder Hamas weitergibt. Dessen müssen wir uns

bewusst werden. Harte Sanktionen - wenn schon nicht auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates, dann EU-weit oder wenigstens unilateral - sind meiner Meinung nach die einzige verbleibende Möglichkeit, diese Gefahr friedlich zu bannen und einen israelischen Präventivschlag, der, wenn sich nichts ändert, nicht auszuschließen sein wird, ganz und gar unnötig zu machen. Es ist höchste Zeit, das Feld der Appeasement-Politik auf friedlichem Wege zu verlassen. Auch zum Wohle der iranischen Bevölkerung.<



Foto: privat

Dr. Sasan Harun-Mahdavi ist Leiter der Jugendorganisation der Jebhe Melli und ist aktiv in der exiliranischen Oppositionsarbeit

muster begründet wird.

⁵ Nach dem Errichten der totalitären Herrschaft innerhalb des Irans, hat der weltweite Export des Modells des khomeinistisch-islamischen Gottesstaates, die zweite politische Maxime der Islamischen Republik, an Bedeutung gewinnen können. In diesem Kontext

sind zum Beispiel der Krieg gegen den Irak (1980-1988), Aufbau und Unterstützung der Hisbollah (seit 1982), der Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires (1994) oder auch Einflusnahme auf gegenwärtige Krisenregionen, wie dem Irak oder Afghanistan, zu lesen.

⁶ Nach Angaben des Regierungsmitglieds Emad-el-din Baghi beträgt allein die Zahl der Todesopfer der Revolution zwischen 70.000 und 100.000. Fakt ist, dass die Islamische Republik nach Angaben von Amnesty International in den letzten Jahren stetig Platz zwei der Hinrichtungsliste nach der

Volksrepublik China eingenommen und 2008 346 Menschen hingerichtet hat.

⁷ Neben dem regulären Militär, stellen die Revolutionsgarden eine weitere Militäreinheit dar, deren Ziel es ist, die revolutionären Ideale im Inneren - zum Beispiel bei der brutalen Unterdrückung der

gegenwärtigen Proteste - und in der Vergangenheit auch im Außen - zum Beispiel im Iran-Irak-Krieg - mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie erfüllen dabei auch planerische oder wirtschaftliche Funktionen. Die US-Regierung stuft die Revolutionsgarden 2007 als terroristische Vereinigung ein.